

INTERVIEW



Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Abteilung Staat am DIW Berlin

„Klimageld mildert ungleiche Belastungen durch höhere Preise für fossile Energien“

- Herr Bach, einerseits gehen die Preise an den Energiemärkten zurück, andererseits würde eine Anhebung der CO₂-Bepreisung bei Verkehr und Wärme die Preise wieder erhöhen. Was bedeutet das insgesamt für die Entwicklung der Energiepreise?** Die Energiepreise auf den Weltmärkten sind wieder gesunken, Erdgas jedoch wird teurer bleiben als vor der Krise. Langfristig soll die CO₂-Bepreisung die fossilen Energien deutlich teurer machen, um so die Wärme- und Verkehrswende voranzubringen.
- Wie groß ist der preisliche Spielraum, um Anreize für Energieeinsparungen zu setzen?** Der CO₂-Preis soll bis 2026 auf 60 Euro je Tonne CO₂ steigen. Längerfristig braucht man aber stärkere Anreize, um nennenswerte Verhaltensreaktionen auszulösen. Wir rechnen ein Szenario mit einem deutlichen Anstieg des CO₂-Preises auf bis zu 150 Euro je Tonne 2035. Das würde für die Kraftstoffe eine Verteuerung von 40 Prozent und bei Gas und Heizöl von 80 Prozent bedeuten.
- Welche Verteilungswirkung hätte eine solche CO₂-Bepreisung?** Höhere Energiepreise belasten Haushalte mit geringem Einkommen relativ stärker, weil diese einen größeren Teil ihres Budgets insbesondere für Heizstoffe ausgeben müssen. Bei diesem Anstieg der Energiepreise verlieren Haushalte mit geringeren Einkommen bis zu sechs Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens, während es in den höheren Einkommensgruppen deutlich weniger ist. Die Belastung ist also sehr ungleich.
- Durch ein sogenanntes Klimageld könnten stark betroffene Haushalte entlastet werden. Wie hoch müsste dieses Klimageld angesetzt werden?** Die CO₂-Bepreisung generiert Einnahmen für den Staat, die für ein Klimageld verwendet werden können. Wenn man dieses Geld an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt, könnte man einen Betrag von bis zu 420 Euro pro Person finanzieren. Das würde diesen ungleichen und ungerechten Verteilungswirkungen deutlich entgegenwirken.
- Wie gerecht wäre ein solches Klimageld? Würden nicht auch Haushalte profitieren, die auf die Hilfe eigentlich nicht angewiesen wären?** Durch das Klimageld würde die Einkommensverteilung für sich genommen gleichmäßiger werden, weil die ärmeren Haushalte in Relation zu ihrem geringen Energieverbrauch durchschnittlich stärker entlastet werden. Natürlich gibt es Härtefälle, für die man besondere Hilfen vorsehen muss. Gleichzeitig könnte man überlegen, ob man die wohlhabenderen Haushalte, die diese Hilfe nicht unbedingt brauchen, weniger entlastet.
- Wie groß schätzen Sie die Lenkungswirkung der höheren Energiepreise insgesamt ein?** Für den langfristigen Energiepreis mit 150 Euro je Tonne CO₂ schätzen wir eine Emissionsreduktion bei den privaten Haushalten von bis zu 33 Prozent. Das wäre schon ein erheblicher Beitrag für die Dekarbonisierung, reicht aber natürlich nicht aus, um die CO₂-Emissionen vollständig zu vermeiden. Dafür braucht man weitere Instrumente.
- Durch die Anpassung an höhere Energiepreise entstehen neue Kosten durch Investitionen in klimafreundliche Technologien, dadurch werden die Haushalte auch belastet?** Klimaschutz kostet. Wärmepumpenheizungen sind teurer als konventionelle Heizungen und das Elektroauto kostet auch mehr, dies steht den Einsparungen bei den bisherigen Energieausgaben gegenüber. Wenn die klimaschonenden Technologien künftig günstiger werden, sinken die Anpassungskosten.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

90. Jahrgang 7. Juni 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Mats Kröger

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze;
Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter